

Satzung der Universität Hamburg über die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

in der Fassung vom 27.05.2003, zuletzt geändert am 12.07.2007

§ 1

Informationspflichten der Nutzerinnen und Nutzer von Hochschuleinrichtungen

Studienbewerberinnen und Studienbewerber, Studierende, Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten sowie sonstige Nutzerinnen und Nutzer von Hochschuleinrichtungen sind verpflichtet, der Universität für die in der Anlage 1 genannten Verwaltungsaufgaben die dort jeweils zugeordneten personenbezogenen Daten mitzuteilen.

§ 2

Löschung von Daten

- (1) Die Universität hat unbeschadet der Bestimmungen über die Ablieferung von Unterlagen an das Staatsarchiv die nach § 1 erhobenen personenbezogenen Daten wie folgt zu löschen:
 - a) Die für das Zulassungsverfahren erhobenen Daten sind ein Jahr nach Ablauf des Bewerbungssemesters zu löschen, soweit diese Daten nicht für die Immatrikulation benötigt werden.
 - b) Alle anderen Daten, soweit es sich nicht um "Archivdaten" der Anlage 1 handelt, sind vier Jahre nach der Exmatrikulation oder der Beendigung des Studiums zu löschen.
 - c) "Archivdaten" der Anlage 1 sind nach Ablauf von fünfzig Jahren zu löschen.
- (2) Die nach § 6 erhobenen Daten werden gelöscht, sobald der mit der Speicherung verfolgte Zweck erreicht ist. Die Bestimmung des § 19 HmbDSG über die Berichtigung, Sperrung und Löschung von Daten findet uneingeschränkt Anwendung.

§ 3

Akteneinsicht und Auskunft

Die oder der Betroffene hat das Recht auf Einsicht in die auf Grund von § 1 über sie oder ihn geführten Akten sowie auf Auskunft nach § 18 des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG) vom 5. Juli 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 133, 163 266), zuletzt geändert am 18. November 2003 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2003 Seite 539) in der jeweils geltenden Fassung.

Akteneinsicht und Auskunftserteilung sind beim Präsidium zu beantragen und von diesem zu entscheiden. Die Gründe für die Versagung der Auskunft sind aktenkundig zu machen.

§ 4

Daten für Zwecke der Hochschulstatistik

Die Universität kann von den in der Anlage zu § 1 aufgeführten personenbezogenen Daten diejenigen für Zwecke der Hochschulstatistik verwenden und der zuständigen Behörde übermitteln, welche in der vierten Spalte der Anlage (Hochschulstatistik) mit einem Kreuz (x) gekennzeichnet sind.

§ 5
Maschinenlesbarer Studierendenausweis

- (1) Die Universität Hamburg kann für jede Studierende oder jeden Studierenden zum Nachweis der Mitgliedschaft zur Hochschule bei der Immatrikulation und Rückmeldung einen Studierendenausweis ausgeben. Die Ausgabe von Ausweisen nur für einzelne Bereiche der Universität Hamburg ist zulässig. Der Studierendenausweis kann optisch lesbar folgende Angaben enthalten:
1. Name und Vorname,
 2. Geburtsdatum,
 3. Matrikelnummer,
 4. Studiengang und Fachsemester,
 5. Gültigkeitsdauer und Hinweis auf das jeweils geltende Semester,
 6. Wahlberechtigung für die jeweilige Fakultät oder eines anderen Organs der akademischen Selbstverwaltung,
 7. Lichtbild.

- (2) Der Studierendenausweis kann auch in Form eines mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystems (z.B. einer multifunktionalen Chipkarte) ausgegeben werden. Dieser kann eine digitale Signatur im Sinne von § 2 des Signaturgesetzes vom 16. Mai 2001 enthalten. Maschinenlesbare Studierendenausweise können daneben zu folgenden Zwecken eingesetzt werden:
1. Rückmeldung,
 2. Adressenänderung,
 3. Anforderung von studiumsbezogenen Bescheinigungen,
 4. Prüfungsanmeldung,
 5. Abfrage von Prüfungsergebnissen,
 6. Stimmabgabe bei elektronischen Wahlen an der Hochschule,
 7. als Benutzerausweis für die Bibliotheken der Hochschulen,
 8. Buchen von Veranstaltungen im Hochschulsport,
 9. Zugang zu Geräten, Räumen und Parkraum im Bereich der Hochschule,
 10. als elektronische Geldbörse,
 11. als Fahrausweis für den öffentlichen Personennahverkehr.

Mobile personenbezogene Datenverarbeitungssysteme können darüber hinaus für weitere Zwecke eingesetzt werden, die der Studienorganisation dienen. Hierüber sind die Studierenden zu informieren (z.B. Anmeldung für bestimmte Arten von Lehrveranstaltungen (u.a. Labore, Praktika), Abfrage von Gebühren- und Beitragskonten). Mit ihnen können außerdem Funktionen zur Benutzung öffentlicher oder nichtöffentlicher Stellen ausgeführt werden, wenn die Freiwilligkeit dieser Nutzungen sichergestellt ist. Im Datenspeicher des mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystems werden als personenbezogene Daten nur folgende Daten gespeichert:

1. Matrikelnummer, erweitert um die vierstellige amtliche Hochschulkennung,
 2. Kartenummer bzw. Anwendungs - IDs der Anwendungssysteme
 3. Gültigkeitsdauer oder Hinweis auf das jeweils geltende Semester,
 4. Statusgruppe (§ 10 Abs.1 HmbHG),
 5. PIN,
 6. die für eine digitale Signatur im Sinne von §2 des Signaturgesetzes erforderlichen Daten,
 7. die für die Anwendung von Verschlüsselungsverfahren erforderlichen Daten,
 8. die für die Anwendung von Authentisierungsverfahren erforderlichen Daten.
- (3) Der Studierendenausweis wird von der für die Immatrikulation zuständigen Stelle der Hochschule oder einer von ihr beauftragten Stelle ausgestellt. Meldet der Karteninhaber oder die Karteninhaberin den Verlust des Studierendenausweises, stellt die ausgebende Stelle sicher,

dass dieser für die hochschulbezogene Nutzung sowie für eine digitale Signatur im Sinne von § 2 des Signaturgesetzes gesperrt wird. Für das Erstellen des Studierendenausweises kann bei der Immatrikulation ein Lichtbild verlangt werden. Eine Speicherung des Lichtbilds ist ohne eine schriftliche Einwilligung des Studierenden nur auf dem Studierendenausweis zulässig.

- (4) Die oder der Studierende kann jederzeit Auskunft über die durch das mobile personenbezogene Datenverarbeitungssystem aktivierten personenbezogenen Datenspeicherungen verlangen.
- (5) Jede Kommunikation zwischen dem mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystem und Lesegeräten setzt die gegenseitige Authentisierung der beiden Systeme mit kryptografischen Mitteln voraus. Die Kommunikation muss für die nutzende Person erkennbar sein. Dies gilt insbesondere, wenn durch diese Kommunikation eine Datenspeicherung ausgelöst wird.
- (6) Die zur Gewährleistung der Datensicherheit nach § 5b des Hamburgischen Datenschutzgesetzes zu ergreifenden Maßnahmen sind schriftlich festzuhalten. Insbesondere ist sicherzustellen, dass bei der freiwilligen Nutzung der Chipkarte für Funktionen außerhalb der Universität Hamburg von diesen Stellen ausschließlich nur diejenigen Daten gelesen werden können, die zur Abwicklung dieser Verfahren erforderlich sind.

§ 6

Informationspflichten des wissenschaftlichen Personals

- (1) Angehörige des wissenschaftlichen Personals der Universität Hamburg sind verpflichtet, der Hochschule diejenigen personenbezogenen Daten mitzuteilen, die zur Beurteilung der Lehr- und Forschungstätigkeit, des Studienangebots und des Ablaufs von Studium und Prüfungen, für Planungs- und Organisationsentscheidungen, zur Erfüllung des Gleichstellungsauftrages erforderlich sind.
Welche Daten im Einzelnen erhoben und verarbeitet werden dürfen ergibt sich aus Anlage 2 dieser Satzung.
- (2) Die in der Anlage 2 bezeichneten Daten werden im Wesentlichen durch Auswertung bereits bestehender Verfahren erhoben. Auswertungsverfahren sind grundsätzlich in anonymisierter Form, z.B. durch das Aggregieren von Daten durchzuführen.

Die Rahmendienstvereinbarung der Universität: "Datenschutz bei Personaldaten" vom 20.12.2002 ist zu beachten.

Bei allen Verfahren sind die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Neue Erhebungs- oder Auswertungsverfahren von Daten gemäß Anlage 2 müssen unbeschadet datenschutzrechtlicher Verfahren - vorab von der verfahrensbetreibenden Stelle dem Präsidium zur Genehmigung vorgelegt werden.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Ausnahme von § 5 am 25. November 2004 in Kraft. § 5 tritt am 14. August 2007 in Kraft.

Anlage 1 zur Satzung über die Erhebung personenbezogener Daten

<u>Verwaltungsaufgabe</u>	<u>personenbezogene Daten</u>	<u>Hochschul-</u> <u>statistik</u>	<u>Archivdaten</u>
1. Identifikation	a) Name (Familienname, Vorname, Geburtsname)		x
	b) Geburtsdatum	x *	x
	c) Geburtsort		
	d) Geschlecht	x	x
	e) Anschrift (Hauptwohnsitz, Semesteranschrift ; Kreis, Land)	x*	x
	f) Staatsangehörigkeit	x	x
	g) Passbild		
	h) Matrikelnummer	x	
2. Zulassung	a) Hochschulzugangsberechtigung (Art, Land, Kreis, Ort, Noten, Datum),	x	x
	b) geleistete Dienste (Wehr-, Ersatzdienst, Dienst als Entwicklungshelferin bzw. Entwicklungshelfer, Ableistung des Sozialen Jahres		
	c) berufspraktische Tätigkeiten und besondere Fähigkeiten (Aufnahmeprüfung oder ähnliches), die zu Beginn des Studiums vorhanden sein müssen, Davon : - Berufsausbildung mit Abschluß - Praktikum oder Volontariat	x	
	d) Studienfächer, Studiengänge, Studienschwerpunkte, Fachsemester, in das die Bewerberin bzw. der Bewerber eingestuft werden will	x	x
	e) angestrebter Abschluss	x	x
	f) weitere Immatrikulationen	x	x
	g) Studienverlauf für alle bisher besuchten Hochschulen mit Zeitangaben (Semester, Fachsemester, Urlaubssemester, Auslandssemester, - Art, Land, Dauer -, Praxissemester, Studienunterbrechungen – Art, Dauer-, Art und Dauer	x	x

	<p>eines Studiums in der früheren DDR und in Berlin (Ost), Präsenzstudium/ Fernstudium Zeitpunkt, Fach, Art und Ergebnis der bisher abgelegten Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie der studienbegleitenden Leistungskontrollen, Studiengangswechsel mit Begründung, Immatrikulationen, Exmatrikulationen mit Begründung, nicht bestandene und endgültig nicht bestandene Prüfungen, verloren gegangene Prüfungsansprüche, Anrechnung von Studienzeiten)</p> <p>h) Gründe für ein Zweitstudium bei abgeschlossenem Studium</p> <p>i) bei Ausländerinnen und Ausländern mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung hinreichende deutsche Sprachkenntnisse</p> <p>j) Semester an Studienkollegs</p>		
3. Immatrikulation	<p>Die unter Nummer 2 genannten Daten sowie zusätzlich:</p> <p>a) bei ZVS-Studiengängen: Zulassung</p> <p>b) Zahlung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Gebühren und Beiträge</p> <p>c) Abschluss einer ausreichenden Krankenversicherung</p> <p>d) Angaben über das Vorhandensein übertragbarer Krankheiten</p> <p>e) Anordnung einer Betreuung</p> <p>f) Fachbereich und Institut, bei dem das aktive Wahlrecht ausgeübt werden soll</p> <p>g) Geburtsdatum der Betroffenen</p>	x	
4. Rückmeldung	<p>a) Zahlung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Gebühren und Beiträge</p> <p>b) Annahme als Doktorand (bei Promotionsstudium)</p> <p>c) Hochschulsemester und Fachsemester, Beurlaubungssemester, Auslandssemester, Praxissemester</p> <p>d) Studienfächer</p>	x	x
		x	x

5. Beurlaubung	a) Gründe für die beantragte Beurlaubung b) bisheriger Studienverlauf entsprechend Nummer 2 Buchstabe g	x x	x
6. Teilnahme an Lehrveranstaltungen und Nutzung von Hochschuleinrichtungen	a) Hochschulsesemester, Fachsemester, Urlaubssemester, Auslandssemester b) bisheriger Studienverlauf in der Hochschule entsprechend Nummer 2 Buchstaben d), e), g) c) Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift (nur bei sonstigen Nutzerinnen und Nutzern von Hochschuleinrichtungen im Sinne von § 1 Absatz 1)		
7. Prüfungen	a) Studienverlauf entsprechend Nummer 2 Buchstaben d), e), g) und Matrikelnummer b) absolvierte Module einschl. der Leistungspunkte c) Art und Noten der (Teil-)Prüfungen d) bei Promotionen: zuletzt besuchte Hochschule, abgelegte Abschlussprüfung und Matrikelnummer bei Promovenden mit Studentenstatus e) bei zweiten Wiederholungen: Teilnahme an einer Studienberatung, soweit nach der Prüfungsordnung erforderlich f) Passbild g) erfolgte Rückmeldung h) abgeleistete Berufspraktika i) Konfession soweit nach der Prüfungsordnung Zulassungsvoraussetzung	x x x	x x x
8. Exmatrikulation	a) Grund (z.B. erfolgreicher Studienabschluss mit Art der Abschlussprüfung und Studienfach, Studienortwechsel mit Art der bisher angestrebten Abschlussprüfung und des bisherigen Studienfachs).	x	x

- b) Fachsemester bis zum Exmatrikulationssemester
- c) Hochschulsesemester bis zum Exmatrikulationssemester
- d) Geburtsdatum der Betroffenen

9. Hochschulplanung

Daten der Ziffern 1 bis 8 dürfen verwendet werden. In der Auswertung sind die Daten zu anonymisieren.

Zusätzlich :

- a) Angabe, ob Erst – oder Zweitstudium
- b) Fach – und/oder Abschlusswechsler
- c) Zulassungen in höheren Fachsemestern und Hochschulsemestern
- d) Angaben zum Grund der ordnungsgemäßen Exmatrikulation
- e) Exmatrikulation wegen nicht erfolgter Rückmeldung
- f) Dauer der Gesamtstudienzeit (Hochschulsesemester, Fachsemester)

*nur Geburtsmonat und Jahr

* nur Kreis und Land

Anlage 2 der Satzung über die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten
gem. § 111 HmbHG

1. Forschungstätigkeit

- 1.1 Publikationen
- 1.2 Herausgabe von Schriftenreihen und Zeitschriften
- 1.3 wissenschaftliche Vorträge
- 1.4 Organisation von wissenschaftlichen Kongressen/Tagungen
- 1.5 Teilnahme an Kongressen, Tagungen und Seminaren
- 1.6 Mitwirkung an nationalen und internationalen Lehr- oder Forschungs Kooperationen
- 1.7 Wahrnehmung wissenschaftlicher Aufgaben in Forschungseinrichtungen
- 1.8 Gutachtertätigkeiten, einschließlich Anzahl der Gutachten in Berufungsverfahren
- 1.9 forschungsorientierte Beratertätigkeit in Industrie ,Wirtschaft oder anderer Öffentlichkeit
- 1.10 eingeworbene Drittmittel
- 1.11 Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Vereinigungen
- 1.12 Tätigkeiten als Gastprofessor und –dozent
- 1.13 erhaltene Preise und Ehrungen,
- 1.14 angemeldete Patente

2. Lehrtätigkeit , Studienangebot und Prüfungen

- 2.1 Angaben zur Lehre nach Art und Umfang der Lehrveranstaltungen
- 2.2 Zahl und Status (Hauptfach / Nebenfach) der Teilnehmer und Teilnehmerinnen angebotener Lehrveranstaltungen
- 2.3 besondere Lehraufgaben (z.B. Ringvorlesung)
- 2.4 Tätigkeiten in der Studienberatung
- 2.5 Tätigkeiten in der Studienreform
- 2.6 Art und Anzahl abgenommener Prüfungen
- 2.7 Promotionen, Habilitationen
- 2.8 Zahl, Art und gegebenenfalls Benotung der ausgegebenen Leistungsnachweise
- 2.9 Teilnahme an Berufungsverfahren
- 2.10 Beteiligung an universitären Partnerprogrammen
- 2.11 Betreuung von Stipendiaten und anderen Qualifizierungsmaßnahmen für den wiss. Nachwuchs

3. Zum Gleichstellungsauftrag

- 3.1 Lehrangebote oder Forschungsvorhaben/-projekte mit Genderthematik
- 3.2 Wahrnehmung einer Mentorinnen-/Mentorenfunktion für Nachwuchswissenschaftlerinnen
- 3.3 besondere Betreuungsleistungen für Studentinnen,
- 3.4 Initiierung von Schülerinnen- und Schülerprojekten
- 3.5 Teilnahme an Weiterbildungsangeboten zur Gleichstellungsthematik und/oder Gendertrainings
- 3.6 Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte/r